



Gemeinderat

Niederschrift

über die 3. öffentliche Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, den 12. Mai 2011 im Sitzungssaal des Rathauses.

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:00 Uhr

Anwesende:

Bgm. Engelbert Stenico, Vorsitzender
1. Bgmstv. Herbert Mayer
StR Eva Lungner
StR Dr. Wolfgang Jörg
StR Ing. Roland König
GR Hubert Niederbacher
GR Richard Reinalter
GR DI Andreas Pfenniger
GR Markus Gerstgrasser
GR Monika Rotter
GR Mag. Jakob Egg
GR Doris Sailer
GR Mag. Kurt Leitl
GR Peter Vöhl
GR Hansjörg Unterhuber
GR Gabriele Greuter
GR Ahmet Demir
GR-Ers. Markus Hütter
GR-Ers. Johannes Schönherr (ab 18:15 Uhr)

Abwesend und
entschuldigt:

2. Bgmstv. Mag. Manfred Jenewein
StR Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler

Weiters an-
wesend:

Mag. Elisabeth Reich
Walter Gaim

Schriftführerin:

Sonja Streng

Tagessordnung

1. Niederschrift
2. Anträge des Stadtrates
Gesellschaft der Lantech Innovationszentrum Ges.m.b.H – Auflösung Verein zur Förderung des Innovations- und Gründerzentrum Lantech; „Sammelvertrag“ mit Übereignung in das Öffentliche Gut, Einbringungsvertrag, Bestandsverträgen, Dienstbarkeitsvereinbarungen – Stadtgemeinde Landeck, Immobilien Stadtgemeinde Landeck KG, Gemeindeverband Polytechnische Schule Landeck und Öffentliches Gut
3. Anträge des Bau- und Wasserausschusses
Verlängerung des Pachtvertrages mit Ekkehard Pircher für die Schwimmbadliegewiese und den Tiefbrunnen IV; Grenzbereinigung zwischen dem Schwimmbadareal und dem Hotel Mozart
4. Antrag des Finanzausschusses
Rate des ERP-Kredites FT 313 der Venet-Bergbahnen AG
5. Anträge des Planungs- Verkehrs- und Agrarausschusses
Bebauungsplan Jungblut – Leitenweg; Bebauungsplan Walter – Burschlweg; Bepflanzung der städt. Grünanlagen 2011 – Auftragsvergabe
6. Antrag des Wohnungsausschusses
Wohnungsvergaben
7. Anträge, Anfragen und Allfälliges
8. Personalangelegenheiten

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen und stellt die Beschlussfähigkeit fest. In weiterer Folge wird Herr Markus Hütter als GR-Ersatzmitglied angelobt. Sodann teilt der Vorsitzende mit, dass Ing. Mathias Huber am 7. April schriftlich mitgeteilt hat, dass er sein Gemeinderatsmandat zurücklegt und dies in der Zwischenzeit rechtswirksam geworden ist. Er bedankt sich für seine geleistete Arbeit im Gemeinderat und wünscht ihm alles Gute für seine weitere Zukunft. Herr Hansjörg Unterhuber rückt somit als Mitglied in den Gemeinderat nach und wird Herr Unterhuber im Gemeinderat herzlich willkommen geheißen. Aufgrund des Rücktritts von Ing. Mathias Huber kommt es zu Umbesetzungen in den Ausschüssen,

die aus der von der ÖVP-Fraktion zur Verfügung gestellten Liste ersichtlich sind, welche dem Protokoll als Bestandteil beigegeben wird.

Weiters teilt der Vorsitzende mit, dass der Antrag „Verlängerung des Pachtvertrages mit Ekkehard Pircher für die Schwimmbadliegewise und den Tiefbrunnen IV“ von der Tagesordnung genommen wird, da eine weitere Beratung im Bauausschuss vorgenommen werden muss.

Sodann geht der Vorsitzende auf die Erledigung der Tagesordnung über.

Pkt. 1) der TO.: **Niederschrift**

Die Niederschrift über die 2. Sitzung des Gemeinderates vom 31. März 2011 wird genehmigt und ordnungsgemäß gefertigt.

Pkt. 2) der TO.: **Anträge des Stadtrates**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Vorsitzende den Vortrag. Er verliest nachstehende Anträge:

- a. Gesellschaft der Lantech Innovationszentrum Ges.m.b.H – Auflösung Verein zur Förderung des Innovations- und Gründerzentrum Lantech

Der Verein zur Förderung des Innovations- und Gründerzentrum Lantech ist Gesellschafter der Lantech Innovationszentrum Ges.m.b.H mit einem Anteil von Euro 661,30. Dies entspricht einem Anteil von 1,82 % am Stammkapital von Euro 36.336,40. Mit 03.09.2010 wurde der Verein aufgelöst, wobei Dr. Siegfried Gohm als Liquidator bestellt wurde. Gemäß Punkt III/3 des Gesellschaftsvertrages räumen sich die Gesellschafter gegenseitig bezüglich ihrer Geschäftsanteile ein Vorkaufsrecht zum Nominale ein.

Der Stadtrat hat sich in seiner Sitzung vom 3.5.2011 damit befasst und stellt den Antrag, dass

- die Stadtgemeinde Landeck auf ihr Aufgriffsrecht gem. Gesellschaftervertrag verzichtet und
- die Zustimmung erteilt, dass die Gesellschafter Sparkasse Imst AG, Volksbank Landeck eG und die Hypo Tirol Bank AG den Anteil des bisherigen Mitgesellschafters Verein zur Förderung des Innovations- und Gründerzentrum Lantech je zu einem Drittel aufgreifen.

Der Gemeinderat wird um Beratung und Beschlussfassung ersucht.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Verein 1993 gegründet worden ist und dieser Verein ursprünglich die Aufgabe hatte, das Lantech Innovationszentrum zu gründen, fördern

und zu begleiten. Außerdem hat sich der Verein um die Installierung einer Fachhochschule in Landeck bemüht. Der Verein habe nun seine Aufgaben erfüllt und jetzt festgestellt, dass keine Aufgaben mehr anstehen und deshalb die Auflösung zu den genannten Bedingungen beschlossen.

GR Gerstgrasser stellt die Frage, ob somit auch die Errichtung des ins Auge gefassten Lantech II ad acta gelegt werde.

Der Vorsitzende antwortet, dass man sich vor 2 oder 3 Jahren mit dieser Frage auseinandergesetzt hat und zum Ergebnis gekommen ist, dass der Bedarf für ein weiteres Gebäude vorerst nicht gegeben ist. Mit dieser Frage werde man sich jedoch weiterhin beschäftigen.

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich mit dem Antrag des Stadtrates einstimmig einverstanden.

- b. „Sammelvertrag“ mit Übereignung in das Öffentliche Gut, Einbringungsvertrag, Bestandsverträgen, Dienstbarkeitsvereinbarungen – Stadtgemeinde Landeck, Immobilien Stadtgemeinde Landeck KG, Gemeindeverband Polytechnische Schule Landeck und Öffentliches Gut

Im Zuge der Sanierung der Volksschule Bruggen hat der Gemeinderat der Stadt Landeck den Beschluss gefasst, die Fa. Immobilien Stadtgemeinde Landeck KG zu gründen und das Grundstück, auf dem die Volksschule Bruggen errichtet worden ist, einschließlich aller Baulichkeiten, in die Fa. Immobilien Stadtgemeinde Landeck KG einzubringen. In weiterer Folge wurde ein umfassender Sammelvertrag ausgearbeitet, der ebenso das Vertragsverhältnis betreffend die Polytechnische Schule regelt.

Der Sammelvertrag beinhaltet somit:

- den Einbringungsvertrag, abgeschlossen zwischen der Stadtgemeinde Landeck und der Fa. Immobilien Stadtgemeinde Landeck KG
- den Bestandsvertrag betreffend die Volksschule Bruggen, abgeschlossen zwischen der Fa. Immobilien Stadtgemeinde Landeck KG (Vermieterin) und der Stadtgemeinde Landeck (Mieterin)
- Bestandsvertrag/Mietkauf betreffend die Polytechnische Schule und des Turnsaals, abgeschlossen zwischen der Stadtgemeinde Landeck und dem Gemeindeverband Polytechnische Schule Landeck
- die Gemeingebrauchswidmungserklärung bezüglich die Übertragung an das Öffentliche Gut sowie
- Dienstbarkeitsvereinbarungen wie etwa Geh- und Fahrrechte, Nutzung des Turnsaals, Schulhofmitbenützung und Parkplatzmitbenützung, abgeschlossen zwischen der Stadtgemeinde Landeck, der Fa. Immobilien Stadtgemeinde Landeck KG sowie dem Gemeindeverband Polytechnische Schule Landeck

Die Kosten der Vertragserrichtung sowie dessen Durchführung tragen die Vertragsparteien Fa. Immobilien Stadtgemeinde Landeck KG und der Gemeindeverband Polytechnische Schule Landeck im Verhältnis 1:1.

Der Gemeindeverband Polytechnische Schule Landeck hat in seiner Sitzung vom 21.03.2011 vorliegendem Vertrag zugestimmt. Der Stadtrat hat sich in seinen Sitzungen vom 14.09.2010 und 3.05.2011 mit beigefügtem Vertrag befasst und beantragt, der Gemeinderat möge diesem zustimmen.

Der Gemeinderat wird um Beratung und Beschlussfassung ersucht.

Der Vorsitzende hält fest, dass es sich um ein ziemlich ausführliches Vertragswerk handelt, mit welchem sich Finanzkämmerer Walter Gaim und Amtsleiterin Mag. Elisabeth Reich gemeinsam mit RA Dr. Lethmüller intensiv auseinandergesetzt haben, wofür er ihnen seinen Dank ausspricht.

Vizebgm. Mayer stellt die Anfrage, welche Bemessungsgrundlage herangezogen wurde (Kosten pro Seite, Bausumme,).

Hiezu antwortet Walter Gaim, dass als Bemessungsgrundlage ca. Euro 2,7 Mio. herangezogen werde und diese Grundlage wesentlich geringer ist als die tatsächliche Bausumme. Die Kosten werden sich ca. auf Euro 30.000,-- belaufen und erachtet er das Honorar für dieses umfangreiche und sehr zeitaufwändige Vertragswerk angemessen bzw. sehr moderat.

StR König fragt an, ob die Kosten mit dem Gemeindeverband Polytechnische Schule aufgeteilt werden.

Der Vorsitzende bekräftigt, dass die Kosten zwischen der Immobilien Stadtgemeinde Landeck KG und dem Gemeindeverband Polytechnische Schule im Verhältnis 1:1 getragen werden. Zudem kann die Immobilien Stadtgemeinde Landeck KG für ihren Anteil die Vorsteuer geltend machen.

StR Jörg stellt fest, dass grundsätzlich alles verhandelbar ist. Er regt in diesem Zusammenhang an, auch für die seitens der Stadtgemeinde Landeck benötigte Inanspruchnahme von Rechtshilfe bei den Landecker Anwaltskanzleien Angebote einzuholen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass man sich bisher immer bemüht habe, nach einem gewissen „Radl“ die Dienste der Landecker Anwaltskanzleien in Anspruch zu nehmen. Man könne aber grundsätzlich über diese Angelegenheit diskutieren.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem vorliegenden „Sammelvertrag“ einstimmig zu.

Pkt. 3) der TO.: Anträge des Bau- und Wasserausschusses

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Bau- und Wasserausschusses, StR Ing. Roland König den Vortrag.

Er informiert, dass der ursprünglich geplante TO-Punkt „Verlängerung des Pachtvertrages mit Ekkehard Pircher für die Schwimmbadliegewise“ aufgrund des Umstandes, dass es zu

einem Wechsel des Besitzers gekommen ist, zurückgestellt werden musste. Man müsse nun mit dem neuen Grundbesitzer in Verhandlungen treten.

Sodann verliest er nachstehenden Antrag:

Grenzbereinigung zwischen dem Schwimmbadareal und dem Hotel Mozart

Im Zuge einer Grenzvermessung beim Hotel Mozart wurde festgestellt, dass im Zuge einer vor vielen Jahren erfolgten Bauführung, aus der stadteigenen Gp. 1799/6 (Zugang zum Schwimmbad) zwei kleine Flächenteilstücke im Ausmaß von ca. 3-4 m² in Anspruch genommen wurden. Zur Bereinigung des Grenzverlaufes müssen diese Flächenteilstücke an Herrn Thomas Radlbeck verkauft werden.

Der Bau- und Wasserausschuss hat sich in seiner Sitzung am 4.5.2011 mit dieser Grundüberlassung einverstanden erklärt und beantragt den Grundverkauf an Herrn Radlbeck auf Basis einer Grundwertschätzung von DI. Walter für ein angrenzendes Grundstück zum Preis von Euro 100,-/m².

Alle mit diesem Rechtsgeschäft anfallenden Kosten, Gebühren und Steuern hat der Grundkäufer zu tragen. Die grundbücherliche Durchführung kann nach § 13 des Liegenschaftsteilungsgesetzes erfolgen.

Der Gemeinderat wird um Beschlussfassung im Sinne dieses Antrages ersucht.

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich mit dem Antrag des Bau- und Wasserausschusses einstimmig einverstanden.

Pkt. 4) der TO.: **Antrag des Finanzausschusses**

Der Vorsitzende bringt dem Gemeinderat nachstehenden Antrag der Finanzverwaltung zur Kenntnis:

Die Finanzverwaltung stellt den

Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen, die am 01.04.2011 fällige Rate des ERP-Kredites FT 313 der Venet-Bergbahnen AG mit dem Anteil von 55 %, das sind Euro 54.698,60 zu übernehmen.

Die Übernahme der Rate ist als rückzahlbarer Zuschuss, das heißt als Forderung gegenüber der Venet-Bergbahnen AG, zu verstehen.

Beschluss:

Für diesen Antrag ergibt sich Einstimmigkeit.

In diesem Zusammenhang bringt der Vorsitzende den Mitgliedern des Gemeinderates zur Kenntnis, dass am Dienstagabend drei neue Mitglieder in den Vorstand der Venet Bergbahnen AG gewählt wurden. Der Vorstand bestehe nunmehr aus einem vierköpfigen Team, nämlich aus den neu gewählten Mitgliedern Vizebürgermeister Herbert Mayer, Vizebürgermeister Mag. Manfred Jenewein und GR Hansjörg Unterhuber und dem Zimmer Bürgermeister Mag. Siegfried Geiger. Er wünscht dem neuen Vorstand viel Glück und Erfolg bei der Arbeit.

Pkt. 5) der TO.: **Anträge des Planungs- Verkehrs- und Agrarausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Planungs- Verkehrs- und Agrarausschusses, StR Dr. Wolfgang Jörg, das Wort und verliest nachstehenden Antrag an den Gemeinderat:

- a. Ergänzender Bebauungsplan „A26/E3 BRUGGEN WEST – Jungblut“ - Auflage/Beschlussfassung

Nach erfolgter Beratung am 28. April 2011 wird vom Planungs-, Verkehrs- und Agrarausschuss beantragt, den Entwurf des ergänzenden Bebauungsplanes „A26/E3 BRUGGEN WEST –Jungblut“ (gemäß §56 Abs. 2 TROG 2006), betreffend

Gpn. 1267/5, 1267/15

gemäß §65 ff TROG 2006, durch vier Wochen hindurch zur allgemeinen Einsichtnahme aufzulegen und – falls innerhalb dieser Auflagefrist keinerlei Stellungnahmen einlangen – zu beschließen.

Dem Bebauungsplanentwurf liegt der Erläuterungsbericht und die planliche Darstellung des Stadtbauamtes Landeck zugrunde, in denen die Bebauungsbestimmungen festgeschrieben sind.

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich mit vorliegendem Antrag einstimmig einverstanden.

- b. Allgemeiner und Ergänzender Bebauungsplan „A12/E7 PERFUCHS – Walter Georg“ - Auflage/Beschlussfassung

Nach erfolgter Beratung am 28. April 2011 wird vom Planungs-, Verkehrs- und Agrarausschuss beantragt, den Entwurf des Allgemeinen und ergänzenden Bebauungsplanes „A12/E7 PERFUCHS –Walter Georg“ (gemäß §56 Abs. 3 TROG 2006), betreffend

Gp. 88/3

gemäß §65 ff TROG 2006, durch vier Wochen hindurch zur allgemeinen Einsichtnahme aufzulegen und – falls innerhalb dieser Auflagefrist keinerlei Stellungnahmen einlangen – zu beschließen.

Dem Bebauungsplanentwurf liegt der Erläuterungsbericht und die planliche Darstellung des Stadtbauamtes Landeck zugrunde, in denen die Bebauungsbestimmungen festgeschrieben sind.

Beschluss:

Für diesen Antrag ergibt sich Einstimmigkeit.

c. Bepflanzung der städtischen Grünanlagen 2011 – Auftragsvergabe

Vom Stadtbauamt wurde auch heuer wieder ein Angebot von der Gärtnerei Kurt Hammerle, für die alljährliche Bepflanzung der städtischen Grünanlagen, eingeholt.

Die Bepflanzung wird zum Gesamtpreis von **Euro 15.800,--** angeboten. Die Kostenreduzierung gegenüber dem Vorjahr (Euro 16.816,45 = Euro 1.016,45) ergibt sich durch die aufgelassenen Beete vor dem Rathaus, Marktplatz unter den Ulmen, bei Braun bzw. Schlecker, Kössler-Kreuz und Vogt-Kreuz (gesamt 1.150 Stück).

Nach erfolgter Behandlung in der Sitzung vom 07.04.11 wird der Gemeinderat um Beschlussfassung ersucht. Die Kosten sind im Budget unter der HH-Stelle 1/815-610 (Instandhaltung Parkanlagen) gedeckt.

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich mit der Auftragsvergabe an die Gärtnerei Hammerle einstimmig einverstanden.

Pkt. 6) der TO.: Antrag des Wohnungsausschusses

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Wohnungsausschusses, 1. Bgmstv. Herbert Mayer, das Wort und verliest nachstehenden Antrag:

Der Wohnungsausschuss der Stadtgemeinde Landeck hat in seiner Sitzungen vom 05.04.2011 beantragt, nachstehend angeführte Wohnungen wie folgt zu vergeben und wird der Gemeinderat um nachträgliche Beschlussfassung ersucht:

- a) die 2-Zi-Wohnung Brixnerstraße 13 (nach Hofmann) an
PARTL Christine, Landeck, Kreuzbühelgasse 5
- b) die 4-Zi-Wohnung Brixnerstraße 12, Top 36 (nach Demirtas) im Tauschwege an
BASOČAK Ismet, Landeck, Urichstraße 59
- c) die 2-Zi-Wohnung Urichstraße 47, Top 2 (nach Senn Robert) an dessen Sohn
SENN Christoph, welcher bereits in der Wohnung wohnhaft ist.

WOHNUNGSVERGABEN - BRUGGFELDSTRASSE

Rücktritte

Top 38 JANKOVIC Snjezana, Zams, Maurenweg 47 c

Neuvergaben

Top 8 PARASCHIV Elena, Landeck, Adamhofgasse 2

Top 9 JUEN Hedwig, Fliess

Top 10 SCHÖPF GARCIA MARQUEZ Heinrich, Landeck, Salurnerstraße 16

- Top 26 JANKOVIC Snjezana, Zams, Maurenweg 47 c
Top 29 KOC Aysegül, Landeck, Innstraße 33
Top 38 ÖZCANLI Ufuk, Landeck, Fischerstraße 112
Top 42 SENN Martina, Stanz
Top 51 ZANGERL Stefan, Landeck, Urtlweg 34

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich mit den beantragten Wohnungsvergaben einstimmig einverstanden.

Pkt. 7) der TO.: Anträge, Anfragen und Allfälliges

- a. StR Lunger erklärt, dass Sie aufgrund der medialen Berichterstattung im Zusammenhang mit der anberaumten Versteigerung bzw. dem Verkauf von Kunstwerken des Museumsvereins Landeck in den letzten Wochen nachstehende Erklärung abgibt:

Zuerst bringt sie ihre Enttäuschung über die durch die Presse getätigte Aussage von LR Palfrader zum Ausdruck. Es sei sehr traurig, dass man derartige Informationen nicht persönlich sondern über die Presse erfahren müsse. Sie zeigt auf, dass die Ausführungen auch nicht der Wahrheit entsprechen – so wurden alle Fragen zur Aufklärung der Vorgänge ordnungsgemäß beantwortet, weder verschleiert noch falsch informiert. Sie erklärt, dass sich der Vorstand einstimmig für den Verkauf eines Teils der Rybizka-Sammlung sowie für eine Versteigerung ausgesprochen hat. Alle seien davon ausgegangen, dass es sinnvoll wäre, die knapp 100 Bilder und Skulpturen zu verkaufen und nicht im Depot liegen zu lassen. Leider sei dies ein Fehlglaube gewesen, denn eine große Anzahl von Künstlern haben sich gegen einen Verkauf ausgesprochen. Daraufhin wurde die Auktion sofort gestoppt und es ist geplant die Künstler zu einem Gespräch einzuladen. Sie betont nochmals, dass alle Beschlüsse des Museumsvereins-Vorstandes einstimmig gefallen sind und alle politischen Parteien involviert worden sind. Sie könne die Beweggründe nicht verstehen, warum jetzt alles so gehandhabt wird und immer alles über die Zeitung erfahren werden muss.

Hinsichtlich der Wortmeldung von StR Lunger, dass alle Beschlüsse des Museumsvereins-Vorstandes einstimmig gefallen sind und alle politischen Parteien involviert worden sind, möchte StR König festgehalten haben, dass hier nur ÖVP und SPÖ gemeint gewesen sind, denn die FPÖ und Die Grünen waren nicht involviert und nicht im Museumsverein vertreten.

StR Lunger meint hingegen, dass der ehemalige FPÖ-Mandatar, Dr. Mag. Hochstätger eingeladen war und zu keiner Sitzung gekommen ist. Sie wird dies jedoch noch eruieren.

Sie betont, dass der Museumsverein im Jahr 2010 rund Euro 120.000,-- selbst erwirtschaftet habe. Vom Land Tirol wurde in den letzten zwei Jahren Euro 15.000,-- gewährt, was im Vergleich zu anderen Museen eher wenig ist. Sie erinnert auch daran, dass das Schloss Landeck in den letzten Jahren großzügig revitalisiert worden ist, wobei Euro 1,2 Mio. selbst zusammengetragen wurden und somit nicht auf Gemeindegelder zurück-

gegriffen werden musste. Im Jahr 2010 konnten im Schloss Landeck 20.000 bezahlende Besucher verzeichnet werden und spreche dies schon für eine gewisse Wertschöpfung. Durch die Berichterstattung in den diversen Medien in der letzten Zeit habe das Image des Bezirksmuseumsvereins stark gelitten, das sei dem ganzen Vorstand klar. Sie fordert die Parteien im Gemeinderat auf, zu überlegen, ob es wirklich fair ist, dieses Thema politisch derart negativ auszuschlachten. Sie habe in den letzten 20 Jahren immer nur das Beste für die Kultur in der Stadt Landeck gewollt und dafür hart gearbeitet.

Der Vorsitzende teilt mit, dass auch er Mitglied des Vorstandes ist und stimmt er zu, dass alle Beschlüsse einstimmig gefasst worden sind. Den Zeitungsbericht und die Aussage von LR Palfrader in der heutigen Ausgabe der TT bezeichnet er als sehr befremdend und ist es für ihn nicht nachvollziehbar, warum man derartige Aussagen über die Zeitung übermittelt bekommt bzw. erfahren muss. Außerdem sei es nicht richtig, dass der von der Kulturabteilung des Landes zugesandte Fragenkatalog unvollständig beantwortet wurde. Die Fragen zur Aufklärung der Vorgänge wurden exakt und nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet. Auch habe sich der Bezirksmuseumsverein eingestanden, einen Fehler gemacht zu haben und stehe man dazu. Die Zielsetzung des Vorstandes bestehe nun darin, gemeinsam das Schloss Landeck – das inzwischen zu einem Markenzeichen geworden ist – im Auftrag der Stadtgemeinde Landeck zu verwalten und das Schloss-Museum zu führen. Der Geschäftsführerin und ihrem Team ist in den letzten Jahren sehr viel gelungen, worauf man stolz sein könne. Die geplante Versteigerung von Kunstwerken war zwar gut gemeint, wurde jedoch schlecht getroffen. Er teilt mit, dass der Vorstand des Museumsvereins am 24. Mai 2011 bei der Stadtratsitzung anwesend sein werde. In dieser Sitzung ist der Vorstand gefordert, die offenen Fragen zu beantworten und soll dabei auch die finanzielle Situation des Vereins beleuchtet werden. Abschließend hält er fest, dass die Entscheidung für den Verkauf der Kunstwerke eine falsche war, die aber nicht mehr rückgängig gemacht werden kann.

StR Jörg ist der Meinung, dass der Bezirksmuseumsverein eine eigene Rechtsfähigkeit hat. Da die Stadtgemeinde Landeck die Haftung als Bürge und Zahler – die strengste Form der Haftung – übernommen hat, sollte dem Gemeinderat bzw. jedem Mandatar das Recht eingeräumt werden, Einsicht in die Buchhaltung des Museumsvereins zu erhalten. Auch zum „Eigenschutz“ würde er dem Museumsverein anraten, alle Zahlen offen zu legen. Nicht zuletzt sei auch dem Bürge gegenüber ein Nachweis erforderlich. Vielleicht lasse sich dann vieles entkräften.

Diesbezüglich teilt StR Lunger mit, dass die Buchhaltung von einem Steuerberatungsbüro erledigt wird und alle Zahlen und Bilanzen offengelegt werden. Sie verweist darauf, dass zugesagte Fördermittel seitens des Landes, Bundes, udgl. immer erst nach Vorlage von Unterlagen ausbezahlt werden und dies immer ordnungsgemäß erfüllt wurde.

GR Leitl stellt fest, dass der Museumsverein etwas verbessern wollte, was leider bei der Bevölkerung bzw. der Tiroler Künstlerschaft nicht gut angekommen ist. Für ihn ergebe sich dadurch ein weiteres Problem: Da Frau Lunger Kulturstadträtin der Stadt Landeck ist und somit die Kultur in Landeck maßgeblich vertritt wurde seiner Meinung nach ein moralisches Vergehen begangen. Es ist kein juristisches Vergehen passiert, aber der Ruf der Stadt als Kulturstadt ist seiner Meinung nach stark beschädigt worden. Da auch

vom Land Tirol angedeutet wird, dass in Zukunft keine Fördermittel mehr gewährt werden, müsse man sich schon die Frage stellen, ob die Kulturstadträtin noch das Vertrauen der Behörden genießt. Er glaubt, dass dieses Vertrauen nicht mehr vorhanden ist. Er ist der Ansicht, dass hier etwas passiert ist, was unter keinen Umständen passieren hätte dürfen. Man befinde sich nun in einer ungunstigen Situation – der Ruf des Museumsvereins ist angegriffen und der Ruf Landeck als Kulturstadt geschädigt. Da sich das Schloss im Besitz der Stadt Landeck befindet, müsse die Stadt Landeck für die Schulden geradestehen und ist es für ihn klar, dass dies nicht ohne Konsequenzen erfolgen kann. Der Rücktritt von einer politischen Funktion sollte erfolgen, um Schaden vom Kulturreferat der Stadt abzuwenden. Er findet es auch unpassend und störend, wenn sich der jetzige Vorstand beim alten Vorstand, der früher sehr viel aufgebaut hat, „abputzt“. Er betont noch einmal, dass der moralische Schaden, der entstanden ist, sehr hoch zu bewerten ist und aus seiner Sicht nicht ohne persönliche Konsequenzen von statten gehen kann. Er fordert StR Lungner auf, sich 14 Tage Bedenkzeit zu geben und aus den eingestandenen Fehlern die Konsequenzen zu ziehen.

Der Vorsitzende stellt klar, dass nicht die Geschäftsführerin Evi Lungner die Entscheidung selbst getroffen hat, sondern wurde die Diskussion im Vorstand geführt und vom Vorstand die Entscheidung getroffen, wobei er darauf hinweist, dass Frau Evi Lungner dazu ihre Bedenken geäußert hat. Letztlich wurde die Entscheidung für den Verkauf der Kunstsammlung im Vorstand einstimmig abgesegnet. Er gibt GR Leitl Recht, dass der Ruf des Museumsvereins nunmehr darunter leide. Der Bezirksmuseumsverein, unter Obmann Dr. Hermann Schöpf, habe sich daraufhin entschuldigt und das Gespräch mit den Kunstschaffenden gesucht. Außerdem stelle sich der Museumsverein der Diskussion mit dem Land Tirol sowie der Stadtgemeinde Landeck. Dass auch die Kulturstadt Landeck durch diese „Aktion“ leide kann man so sehen, aber auch anders. Die von GR Leitl äußerst seltsame Formulierung findet er unangebracht und ist er der Auffassung, dass er den Mut haben sollte, den Rücktritt von StR Lungner zu fordern, statt dieses Thema zu umschweifen. Er würde einen Rücktritt auf keinen Fall befürworten. Der Aufgabenbereich von StR Lungner sei sehr vielfältig und werde von ihr nach bestem Wissen und Gewissen wahrgenommen. Wegen dieser „Aktion“ die Kulturstadträtin zum Rücktritt aufzufordern, findet er nicht in Ordnung und würde er vehement ablehnen.

GR Demir verdeutlicht, dass diese Entscheidung im Vorstand des Bezirksmuseumsvereins einstimmig beschlossen wurde, auch von Vertretern der ÖVP-Fraktion. Jetzt nur eine Person an den „Pranger“ zu stellen und zu beschuldigen sei nicht fair.

GR Leitl sieht das Problem in der „Ämterkumulierung“. Gleichzeitig Geschäftsführerin beim Bezirksmuseumsverein und Kulturstadträtin zu sein findet er nicht gut.

Der Vorsitzende wirft die Frage auf, was man dann mit den neu gewählten Vorständen bei der Venet Bergbahn AG tut, wenn die sogenannte „Ämterkumulierung“ ein Problem ist.

GR Lungner weist den Vorwurf, dass sich der Vorstand beim alten Vorstand „abputzt“, vehement zurück. Sie habe immer gesagt, dass die Mitglieder des früheren Vorstands etwas sehr gutes aufgebaut und einiges ins Rollen gebracht haben. Diese Aussage findet sie nicht fair und fügt hinzu, dass es derzeit genau umgekehrt passiert.

StR König verweist auf den einstimmig beschlossenen Vertrag, in welchem dem Museumsverein zugesichert wurde, das Gebäude den Statuten entsprechend benützen zu dürfen. Zur Absicherung bzw. um entsprechend darauf Einfluss nehmen zu können, wurden zwei Mitglieder des Gemeinderates in den Vorstand entsandt. Über die derzeitige Entwicklung zeigt er sich auch nicht erfreut. Er hätte erwartet, dass in der heutigen Sitzung entsprechende Zahlen vorgelegt werden. Vom Vorstand hätte er sich gewünscht, früher über die Situation informiert zu werden. Zum Thema Kumulierung erwähnt er, dass die ehrenamtlichen Vorstände der Venet Bergbahn AG sicherlich dasselbe Problem hätten. Dennoch weist er darauf hin, dass die „Ehrenamtlichkeit“ sehr viel wert ist und nicht unterschätzt werden dürfe.

Der Vorsitzende informiert, dass am 24. Mai die fertige Bilanz vorliegen werde und die aktuellsten Zahlen und Informationen vom Vorstand in der Stadtratssitzung erörtert werden.

Für StR Jörg ist die Ämterkumulierung auch ein gewisses Problem. Seiner Meinung nach ist eine gewisse Befangenheit von StR Evi Lunger gegeben, wobei man zwischen einer rechtlichen und moralischer Befangenheit unterscheiden müsse. Jeder Mandatar kann für sich selber entscheiden, wann er befangen ist. Zur finanziellen Angelegenheit des Museumsvereins stellt er fest, dass diese Zahlen offen dargelegt werden müssen, auch zum eigenen Schutz. Sollte sich herausstellen, dass dabei etwas nicht stimmt, werde es sich klären lassen, ansonsten sehe man was Sache ist.

StR Lunger erklärt, dass die finanzielle Situation offen gelegt werde und nichts verheimlicht wird. Ihrer Meinung nach sind einige Dinge falsch gelaufen und wurde auch in den Presseberichten nicht alles richtig wiedergegeben.

GR Pfenniger stellt fest, dass es nicht fair ist, eine Person für alles verantwortlich zu machen. Seiner Meinung nach fehle vielen Leuten das Bewusstsein, warum der Bezirksmuseumsverein diese „Aktion“ durchführen wollte.

GR Leitl verdeutlicht, dass der Verkauf von Kulturgut kein „Kavaliersdelikt“ darstelle und verweist er nochmals auf den dadurch entstandenen moralischen Schaden. An Evi Lunger stellt er die Frage: „Glaubst du, dass du als Kulturstadträtin nach wie vor voll handlungsfähig bist?“

GR Pfenniger erläutert, dass es nach der ganzen Aufregung nunmehr wichtig ist, nach Lösungen zu suchen. Man müsse einen Weg finden, wie man mit dem Bezirksmuseumsverein umgeht, wie man die Schulden begleicht und wie man das positive Image des Schloss Landeck weiter erhalten kann.

Der Vorsitzende unterstützt die Wortmeldung von GR Pfenning in vollem Umfang.

GR Leitl ist derselben Auffassung, fragt sich jedoch ob Kulturstadträtin Lunger noch ein Garant dafür ist, dass konstruktive Lösungen gefunden werden können und von Seiten des Landes bzw. Bundes Unterstützungen gewährt werden. Er ist der Meinung, dass dies nur über die Veränderung einer Person erfolgen kann.

Der Vorsitzende bekräftigt, dass der Vorstand des Bezirksmuseumsvereins Landeck gefordert ist, Lösungen für dieses Problem zu suchen. Er zeigt sich optimistisch, dass dies in gemeinsamer Zusammenarbeit mit der Stadtgemeinde Landeck in einer Form funktionieren wird.

GR Reinalter findet es beschämend, dass es nicht um eine „Sache“ geht, sondern eine einzige Person derart „fertig gemacht“ wird.

GR Unterhuber erklärt aufgrund einer von GR Pfenniger eingeforderten Einschätzung des Bezirksmuseumsvereins, dass im Ausschuss immer alles einstimmig beschlossen wurde. Er betont, dass Evi Lunger die Sache gut macht.

GR Rotter stellt fest, dass Frau Lunger im Kulturbereich sehr viel für die Stadt Landeck geleistet hat und findet sie es nicht in Ordnung, dass sie durch einen Fehler, den sie nicht alleine gemacht hat, derart angeprangert wird. Sie ist der Meinung, dass durch derartige Offensiven eine Rufschädigung der Kulturstadt Landeck noch gefördert wird und sollte dies in Zukunft vermieden werden. Sie steht auf alle Fälle voll hinter Frau Evi Lunger und findet es toll, was sie bisher geleistet hat.

b. GR Demir bringt nachstehende Anträge der Grüne Landeck ein:

a. Aufstellen von Müllkübeln auf der Route von Perjen zum Stadtteil Bruggen (Adamhofgasse, Perjenweg, Burschweg und Fahrradweg Richtung Stadt)

Der Gemeinderat möge beschließen, dass auf der oben genannten Wegstrecke Müllkübel aufgestellt werden.

Begründung:

Da die viele Fußgänger, Touristen, SchülerInnen und Wanderer diese Wegstrecke benutzen und sich auf dieser Wegstrecke sehr wenige (zwei) Müllkübel befinden, wäre es wichtig dringend dort welche anbringen zu lassen. Ansonsten wird man sich ansehen müssen, dass Müll weiterhin am Flussufer liegt. Dies verschlechtert nicht nur unser Stadtbild, sondern macht diese Strecke für Fußgänger unattraktiv. Bei dieser Gelegenheit sollte man sich die anderen Wegstrecken in Landeck ansehen, die oft von Fahrradfahrern und Fußgängern benutzt werden.

Der Vorsitzende gibt an, dass der Antrag an den Umweltausschuss weitergeleitet werde. Er fügt hinzu, dass vor einiger Zeit beschlossen wurde, aufgrund des zunehmenden „Mülltourismus“ die Müllkübel zu reduzieren. Nicht zuletzt auch, weil für die Entleerung der Müllkübel für den Bauhof viel Zeit in Anspruch genommen werden musste.

StR König spricht sich eher für die Aufstellung von Tafeln „Nimm deinen Müll selber wieder mit“ aus.

b. Legalisierung der Wand auf dem Kunstrasenplatz Perjen für Graffiti's

Der Gemeinderat möge beschließen, dass die Wand, welche vom Fußballverein Landeck für Schussübungen gedacht war und nie benutzt wurde, für GraffitiSprüher zur Verfügung gestellt wird.

Begründung:

Weil diese urbane Kunstrichtung aus den 80er Jahren heute meist nur illegal ausgeübt wird/werden kann, nimmt man den Jugendlichen und jungen Erwachsenen so die Möglichkeit sich künstlerisch weiterzubilden. In vielen Städten wie Innsbruck gibt es Wände, die für diese Zwecke freigestellt worden sind. Auch in Landeck gibt es viele Jugendliche und junge Erwachsene, die diese Kunstrichtung gerne ausüben würden.

Der Vorsitzende erklärt, dass dieser Antrag im entsprechenden Ausschuss weiter behandelt wird.

- c. GR Egg spricht dem städtischen Bauhof ein großes Lob aus, da der Naturrasen auf den Fußballplätzen trotz der derzeitigen Trockenperiode sehr gut „in Schuss“ geblieben ist.
- d. GR Vöhl erklärt zum Thema Bezirksmuseumsverein, dass er es gut findet, dass offen diskutiert wird und wird von ihm auch die fraktionelle Meinungsfreiheit akzeptiert. Er gibt zu, dass er selbst zu wenig hinterfragt hat, welche Bilder zum Verkauf angeboten werden. Daraus habe er persönlich sein Resümee gezogen und wird er in Zukunft alles genauer und kritischer hinterfragen. Seine Aufgaben als Mitglied des Bezirksmuseumsvereins werde er weiterhin wahrnehmen.
- e. StR König ersucht darum, den Vertrag mit der ARGE Kino bzw. dem Extra Filmclub demnächst dem Ausschuss zur Beratung weiterzuleiten.

ENDE DER ÖFFENTLICHEN SITZUNG